

24

2483 037

BUNDESRECHTSHOFF

BECHTUS

IX 29 44/71

in der Antisemitengesellschaft

Holme I. [redacted]

[redacted] /Israel, Israel. [redacted]

Kliger und Besondere [redacted]
Rechtsanwalt Prof. Dr. [redacted]
und Dr. [redacted]

- Prozessvollmacht:

gegen

und [redacted] - [redacted]
Verfahren durch das Justizministerium Baden-Württemberg.
Stuttgart 1, Königsplatz 46.

Holger und Besondere [redacted]

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Maß und der Bundesrichter Wüstenberg, Zorn, Henkel und Dr. Thum in der Sitzung vom 11. Januar 1972 beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 12. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 28. Oktober 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und anlagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

g
2

- 3 -

Mit der Klage wird die aus 10.701 RM Kapitalentschädigung errechnete Rente seit 1. November 1955 verlangt. Der Kläger meint, das Formularschreiben enthalte eine wirksame Wahlklärung. Dort heißt es:

"Es gibt sich auf Grund der Neuberechnung gemäß ..., daß keine ausreichende Lebensgrundlage vorliegt, so wird hiernit für den Berufsschadensanspruch auf Grund Verdrängung aus selbstthätiger Erwerbstätigkeit die Rentenwahl erklärt;"

Der Berufsungsrichter entnimmt die Voraussetzungen für die erwartete Rentenwahl den Vorschriften des Art. III Nr. 4 Abs. 2 BGG-Schluss. Er verneint deren fristgerechte Ausübung bis 30. September 1966, weil das Formularschreiben kein Rentenbegrüßen enthalte.

Die Einwände der Beschwerde hingegen sind unbegründet. Für die Frist, innerhalb der das Wahlrecht auszuüben war, ist unerheblich, ob der Anspruch nach bisherigem Recht durch einen Vergleich geregelt war, der der Anfechtung nach Art. III Nr. 3 BGG-Schluss unterliegt. Nach dem Grundsatz in BGG RzW 1971, 119 Nr. 12 bestimmen die Vorschriften in Art. III Nr. 4 BGG-Schluss auch in diesem Fall die Voraussetzungen für das Wahlrecht und damit auch die Frist für dessen Ausübung. Daraus folgt nichts, daß die Entschädigungsbehörde 1955 eine höhere Kapitalentschädigung festgesetzt hat. Die Wahlfrist vom 30. September 1966 (Art. III Nr. 4 Abs. 2 in Verbindung mit Nr. 1 Abs. 1 BGG-Schluss) gilt auch dann, wenn der Berufsschaden geregelt war und Art. I BGG-Schluss die anerkannte Kapitalentschädigung erhöht hat (BGG Beschluss vom 19. Oktober 1971 - IX ZR 73/70).



Gegenüber der Auffassung des Berufungsgerichts, der Kläger habe nicht die Rente gewährt, diese Erklärung sei - wenn überhaupt beachtet - gewesen - in Formularschreiben nicht enthalten, beruft sich die Beschwerde auf ein Versehen, das dem Kläger nicht entgangen sein würde. Vielmehr sei auf seinen grundsätzlich zum Ausdruck getreten Wunsch abzustellen, anstatt einer Kapitalentschädigung die Rente zu erhalten. Daraus ergibt sich keine grundsätzliche Rechtsfrage, die einer Entscheidung des Bundesgerichts bedürftig ist.

Vom der Berechtigten nach Art. III Nr. 4 Abs. 2 RMG-Schluss anstelle der zuerkannten Kapitalentschädigung die bisher nicht gewährte Rente beanspruchen will, dann muß er das wie auch sonst bei der Kretzung der Kapitalentschädigung durch die Rente unmissverständlich zum Ausdruck bringen. Das ist hier nicht geschehen. Überdies kann bleiben, ob die Erklärung in einem Formular genügt, mit dem der Berechtigte auf Grund des RMG-Schlussgesetzes unterschiedenes alle Ansprüche erneut angemeldet hat ohne Rücksicht darauf, ob sie für ihn überhaupt in Betracht kommen. Denn der Kläger hat erklärt: Für den Berufschadenanspruch auf Grund Yachtversicherung aus selbständiger Berufstätigkeit werde die Rente gewährt, wenn sich auf Grund der Neuberechnung ergebe, daß keine entsprechende Lebensgrundlage vorliege. Das trifft bei ihm nicht zu; er wurde in unselbständiger Erwerbstätigkeit beschäftigt. Auf Grund der Änderung in Art. I Nr. 44, 47 RMG-Schluss, § 75, 82 Abs. 2 RMG kann für ihn ein erstmaliges Wahlrecht nicht in Betracht. Seine Erklärung ist eindeutig. Der Berufungsrichter hat nicht festgestellt, daß er dem Willen hatte, die Berufschadenrente zu verlangen. Der Vortrag der Beschwerde, der Kläger habe in Formularschreiben seinen

Handel

Handel

Handel, steht der Kapitalentscheidung die Kasse zu erhalten,
Grundbesitz ein Ausnahmefall, steht dann in Ab-
sicht. Außerdem verleiht der Unternehmer der Vermögens-
form in § 82, 94 die Vollmacht, eine in einem die-
bezüglichen ohne Einverständnis des Kapitalgebers die
Stände des Einzelnen einzeln zu bestimmen nach Art. 14
Nr. 4 Abs. 1 des Gesetzes, § 82 und in eine solche nach
Art. 11 Nr. 4 Abs. 2 des Gesetzes, § 94 zu übertragen.
In auch sonst keine der in § 82 Abs. 2 und Abs. 1-
bezüglichen Bestimmungen, ist die Kasse zu be-
stehen und wird weitergegeben.